Elijahu-Hanavi-Synagoge in Alexandria, dem Beginn jüdischen Lebens im Irak und einer Anbahnung in Khartum, wo bis zum Sechstagekrieg 1967 1.000 Juden lebten.

Simon legt eine höchst wertvolle, recht nuancierte und dringend notwendige Übersicht vor. Ein Nachfolgeband für die Zeit von 1945 bis 1990 würde wohl aufzeigen, dass viele Herrscher und ihre Helfer – darunter 4.000 geflüchtete Nazis – ungeachtet aller Genozide und Vertreibungen jüdische Gemeinschaften gleich nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin verfolgt, mithin die vor den beiden Weltkriegen noch inklusiven und eben dadurch prosperierenden Länder tief beschädigt haben.

Detailliert belegt Simon die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges im dortigen Raum. Im Gegensatz zu Europa, Amerika und Teilen Asiens prägte er eine jener einsamen Weltregionen aus, in der man es verfehlte, Mussolinis Faschismus und Hitlers Nazismus gründlicher zu delegitimieren. Deren Anhänger – meist in der Staatsmacht – konnten im Gegenteil noch solche Ideen, vermischt mit anderen Ideologien, fest etablieren, was mit einen Grund für die dortigen fortlaufenden Kriege und Konflikte darstellen dürfte. Was für eine Verzerrung in dieser transregionalen Geschichte, und wie wichtig, dass Simon diese solide und faktenreich ausgelotet hat.

Neue Polit. Lit. (2020) 65:556–558
https://doi.org/10.1007/s42520-020-00277-4

Eichmüller, Andreas: Die SS in der Bundesrepublik. Debatten und Diskurse über ehemalige SS-Angehörige 1949–1985 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 117), 326 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2018.

Klaus-Peter Friedrich

Online publiziert: 15. Juli 2020
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2020

1950/51 bildeten sich an mehreren Orten der jungen Bundesrepublik Gruppen der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS“ (HIAG). Bald waren in diesen etwa 20.000 Personen organisiert (S. 37). Sie verstanden sich als Interessenvertretung der rund 600.000 früheren SS-Leute im Land, wobei der Name der Organisation ihren sozialen Zweck betonen sollte. Im März 1952 beschlossen HIAG-Vertreter in Arolsen, sich in 13 Verbindungsstellen

K.-P. Friedrich (✉)
Marburg, Deutschland
E-Mail: Klaus-Peter.Friedrich@gmx.de

zu gliedern, um gegen eine vermeintliche „Diffamierung“ (S. 53, 283) früherer SS-Angehöriger vorzugehen.

Andreas Eichmüller hat sich in seiner Publikation mit einer Diskursanalyse zur „Nachkriegswahrnehmung der SS“ (S. 8) durch bundesdeutsche Politiker und Journalisten befasst, soweit sie sich im öffentlichen Leben niedergeschlagen hat. Er geht dabei ein auf Mitteilungen und Stellungnahmen in der veröffentlichten Meinung auf nationaler wie lokaler Ebene, die in thematischen Presseausschnittsammlungen und in per Volltextrecherche durchsuchbaren Jahrgängen wichtiger Pressetitel greifbar sind; Beiträge im Rundfunk und Fernsehen werden nur am Rande einbezogen.

Im ersten Hauptkapitel zeichnet Eichmüller „[g]esetzliche Integrationsreglungen und die öffentlichen Reaktionen darauf“ nach. Die Frage, ob und inwieweit frühere Angehörige der (Waffen-)SS in der entstehenden Bundeswehr Verwendung finden sollten, erhitzte in den 1950er Jahren die Gemüter. Denn bei der Wiederbewaffnung, die sich auf Panzerverbände stützen sollte, galten die Kenntnisse der Waffen-SSler als unentbehrlich. Bis Ende 1963 waren 602 Bundeswehr-Bewerber, die sich zuvor der SS verpflichtet hatten, geprüft und 299 davon akzeptiert (S. 87).

Übten sich die Nachlassverwalter der Waffen-SS in der Verharmlosung der von SS-Leuten begangenen Verbrechen, so stellten ihre Gegner unter den Opfervereinigungen gerade diese heraus, wobei sie vor einem Wiederaufleben des Nationalsozialismus warnten. Bei ihren Bemühungen, die Stellung der ehemaligen Waffen-SSler in der Sozialgesetzgebung zu verbessern, konnte die HIAG bis in die 1960er Jahre nicht nur auf die Unterstützung der rechtsgerichteten Deutschen Partei (DP) und der FDP zählen, sondern auch einzelne Vertreter des mittleren und linken politischen Spektrums als Fürsprecher gewinnen. Die HIAG konnte durch das Entgegenkommen der demokratischen Parteien beachtliche Erfolge bei der Versorgung erringen, doch gerierten sich die ehemaligen SS-Leute weiterhin als Opfer von Ungleichbehandlung. Mitte der 1960er Jahre setzte sich nach Ausscheiden der DP aus der Regierung und dem Bundestag die FDP am „stärksten“ für sie ein (S. 123).

Ein Dauerproblem blieb die mangelnde Einsicht der von der HIAG Vertretenen: Die SSler klammerten sich an die Vergangenheit, pflegten deren Rituale und Praktiken ebenso wie antisemitische Ressentiments (S. 107). Unterdessen wurde die Öffentlichkeit durch eine seit Ende der 1950er Jahre zunehmende Zahl von Gerichtsverfahren gegen SS-Gewalttäter sensibilisiert, was sich in wachsender Kritik aufseiten der Opferverbände, der Linken und von Teilen der Gewerkschaften an den Bemühungen der HIAG und ihrer politischen Helfer, die SS zu rehabilitieren, niederschlug.

Im folgenden Abschnitt des Buches stehen Kameradschaftstreffen und öffentliche Veranstaltungen der SS-Veteranen im Mittelpunkt. Bei Treffen von Truppenkameradschaften, die meist in Kleinstädten stattfanden, wurden die Orte „für diese Großereignisse festlich geschmückt, die Teilnehmer von offizieller Seite freundlich begrüßt und oft bei Privatleuten untergebracht. Zum Teil gab es Feldgottesdienste, Zapfenstreiche und Musikveranstaltungen [...] oder die Veteranen gingen in Gedenkmärschen durch die Straßen [...]“ (S. 285).

Schon 1954 kam es in Hessen zu ersten Verboten solcher Zusammenkünfte, die auch mit befürchteten Gegenprotesten begründet wurden (S. 134 f.). In den 1960er Jahren geriet die HIAG mehr und mehr in die Defensive (S. 157). Dies ging einher

mit einem Wandel der Medienöffentlichkeit – weg vom konsensbetonten hin zum kritischen Journalismus.

Doch erst Ende der 1970er Jahre erlebte die Bonner Republik den Durchbruch zu einer neuen Gedenkkultur. Konnten sich frühere Angehörige der SS-Division „Totenkopf" 1976 in Arolsen noch weitgehend ungestört treffen, so sahen sie sich drei Jahre später einem „Sturm des Protests" gegenüber, der von einer breiten Protestbewegung getragen war, die auch Kulturschaffende und Geistliche einschloss. Mit Flugblättern, einer Kranzniederlegung auf dem Jüdischen Friedhof und einem Schweigemarsch ergriffen nun „mehrheitlich junge Menschen" Partei für die Opfer – und *gegen* deren Verfolger (S. 186); ein Foto von der Protestkundgebung am 28. April 1979 ist auf dem Umschlag abgebildet.

Wie Eichmüller im dritten Hauptkapitel an anschaulichen Fallbeispielen ausführt, trat die „Skandalisierung von individuellen SS-Vergangenheiten" immer stärker in den Vordergrund (S. 193). In den Blick einer kritischen Öffentlichkeit kamen auch einzelne Beamte in bundesdeutschen Sicherheitsbehörden, darunter im Bundesnachrichtendienst und im Verfassungsschutz. Hatte der hessische Innenminister Heinrich Schneider (1905–1980) noch Anfang 1960 erklärt, die Polizei seines Bundeslands beschäftige, wie eine Überprüfung ergeben habe, „keine ehemaligen höheren SS-Offiziere", so machte sich schon am Jahresende „tiefe Ernüchterung" breit, als der Leiter der Kriminalpolizei in Limburg, der ehemalige SS-Hauptsturmführer und Abteilungsleiter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei in Lublin, Lothar Hoffmann, verhaftet wurde – und bald darauf mehrere seiner, wie er mit der Judenverfolgung befassten, früheren Kollegen (S. 226 f.). Dies legte grundlegende Schwächen bei der Personalrekrutierung offen.

Der Verfasser hat eine umsichtige und nachvollziehbar argumentierende Studie zum Nachleben der SS in der Bonner Republik vorgelegt. Mit kritischen Ausführungen über einzelne Zeitungen und Erkenntnissen über die Karrierewege zahlreicher Journalisten ist sie zugleich ein nützlicher Beitrag zur bundesdeutschen Pressegeschichte. Zu berichtigen ist, dass Willy Brandt 1976 nicht mehr Bundeskanzler war (S. 174), die Kleinstadt Nassau nicht im Bundesland Hessen liegt (S. 175) und Franz Josef Strauß im Jahr 1973 nicht als Ministerpräsident Bayerns amtierte (S. 169). Wiederholt heißt es über die SS, sie sei Symbol, Sinnbild, Verkörperung und Inbegriff der Naziverbrechen (S. 53, 55 ff., 63 f., 68, 141, 166, 267, 283, 286, 289 f.), und mit Bezug auf Jean Améry gar „Chiffre für das Verbrecherische" (S. 270) überhaupt. Andreas Eichmüller ist es gelungen, deutlich zu machen, auf welche Weise politisch Aktive mit diesem schwierigen, von der Bundesrepublik Deutschland übernommenen Erbe umgegangen sind.